

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlagspreis: die monatlich erscheinende Monatshefte über deren
Kauf 20 Pf., für Familienkreise 30 Pf., für die Postanstalt (zusätzlich
an den dreimonatlichen Teil einer Expedition) 1,20 RM. Einzelhefte nur
wöchentlich von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-K. 1. Güterbahnhofstraße 2

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 31. Dezember 1930 Nummer 303

Die Losung des werktätigen Deutschland 1931:

Sturmangriff gegen Faschismus

Dresden, den 31. Dezember.
Das Jahr 1930 war für das kapitalistische Deutschland eine
Periode furchtbaren Niederganges. Es befindet sich bereits in
näherer Agonie. Selbst die größten Bestimmen im Lager der
Bourgeoisie vermochten am Beginn des Jahres 1930 nicht dieses
grauenhafte Verfallstadium zu ahnen. 4 Millionen Er-
werbslose, Millionen Kurzarbeiter, 750 000 Ausgesteuerte, viele
hunderttausende Kleingewerblicher Existenzen vernichtet — das
ist eine Bilanz, welche des Kapitalismus Existenzberechtigung
beinahe völlig mißachtet.

90 Prozent aller Einnahmen liegen unter 1500 Mark,
bei einem Existenzminimum von mindestens 65 Mark
wöchentlich oder rund 3000 Mark jährlich. Die über-
große Mehrheit des Volkes hungert und ruft in absolute
Verelendung herab.

Niemals ist den breiten Massen durch die kapitalistische Weltlich-
keit die Lehre Lenins so largemorden wie gegenwärtig, daß mit
der zunehmenden Konzentration auch das Massenelend progreß-
iv gesteigert wird.

Darfen die Müller und Hilferding zu Beginn des Jahres
noch Minister spielen und ihre lächerlichen Mänschen von der
„Rechtsfassung der Wirtschaft durch den Staat“ praktizieren, so
wurde ihnen durch den Tritt der Trugschweiglichen, die Hilfer-
ding's Bauhaus gegen die Werkstätten wenige Tage später laut
pfeifen, demonstriert, wer die eigentlichen Kommandeure Young-
deutschlands sind. Konnten die SPD-Führer am Jahresbeginn
von der kapitalistischen Nationalisierung als einer „guten Sache,
die nur vernünftig anzunehmen“ sei, reden, so zeigte die rasch
zunehmende Hungerarmee der Arbeitenden, wie furchtbar sie von
den Nationalisierungsaposteln betrogen sind. Die heutige Situa-
tion für die Youngrepublik ist ausstuflos. Nirgends besteht
die Möglichkeit, aus der Krise herauszukommen. Alle mit großem
Gehem vorgeschlagenen „Gesundungsrezepte“ der Bourgeoisie führen
trotz der doppelten Willens nationalsozialistischer und sozial-
demokratischer Führer immer tiefer in die Katastrophe.

Die wichtigsten Tatsachen zeigen die Vergeßlichkeit aller Ret-
tungsversuche. Der Reichshaushalt weist — trotz gewaltiger
Steigerung des Steuerumsatzes, trotz Millionenabstriche im So-
zialetat — ein stets wachsendes Defizit auf. Alle Finanzdispo-
sitionen werden durch die immer gewaltiger anwachsende Krise
in wachsenden Höhen über den Haufen gemworfen. Die wichtigste
Frage für die deutsche Bourgeoisie, die Steigerung der Ausfuhr
und Erweiterung des Marktes wird immer mehr zum Gegenstand
heftiger Klagen. Ueberstimmend erklären die Wirtschaftswis-
senchaftler: „In eine Besserung ist vorläufig nicht zu denken.
Seit der heftig einsetzenden Krise, selbst in dem mächtigsten capi-
talistischen Amerika, werden die Kämpfe um den Weltmarkt
immer heftiger, und der rasende Preisfall aller Waren zeigt, in
welchem Maße die Produktionsmöglichkeit die Abnahmefähigkeit
übersteigt. Der einzige Weg, den die Bourgeoisie aus dieser
Sackgasse lüht, ist die schamloseste Massenverelendung, Lohn-
und Gehaltsraub regiert die Stunde, ein Mittel, das die Situa-
tion nur verschärft. Milliarden auf Milliarden sind von der
Masse, bis zur Brüning-Regierung durch Zoll-, Steuer-, Lohn-
und Gehaltsraub aus den Massen herausgepreßt, und das Ergeb-
nis: im Jahre 1931 werden ungeheure Massen kämpfe, die schon
im vergangenen Jahr immer heftiger auflebten, entbrennen.
Selbst die strapelloste Streitbruderpolitik der reformistischen
Bürokratie wird die Streitwelle nicht mehr einzudämmen in der
Lage sein.“

Die allgemeine Krise wird in Deutschland durch die 38 Mil-
liarden an Youngtributen und Anleiheverzinsung verschärft. Be-
gannen die Hugenberg und Hitler im Jahr 1930 mit der
Wolung „Nieder mit den Youngtributen“, so waren sie gezwungen,
nach ihrem Wahlerfolg vom 14. September gegen die
kommunistische Forderung auf Einstellung jeglicher
Leihzahlung zu stimmen. Hier in dieser „Kernfrage
nationaler Opposition“ haben sich die Hitler und Hugenberg
wählig in die Front der Erfüllungspolitik ein-
gegliedert.

eine Tatsache, die vielen Anhängern der Hitlerpartei bereits die
Augen öffnete und ihnen, die an Hitlers „nationale Char-
akterfestigkeit“ glaubten, klargemacht, daß die Nazi-partei, wie
jede andere bürgerliche Partei, sich am Gängelband der Hoch-
finanz befindet. Selbst die seit Monaten propagierte Lösung
von der Revision des Youngplanes als ein verheißenerlicher Volks-
beitrag der Hitler und Schacht erklärt worden. Die Repara-
tionstributen müssen vom kapitalistischen Deutschland wei-
ter eingetrieben werden. Die kapitalistische Krise verschärft sich,
und der Lobige Angriff des faschistischen Diktaturkabinetts Brü-
ning gerade im letzten Vierteljahr gegen das werktätige Volk
wird fortgesetzt.

Immer rasender wächst die Empörung der in die Katastrophe
getriebenen Werktätigen. SPD-Arbeiter rebellieren. Eine
Massenbewegung aus der SPD und SAJ kehrt ein. Die bedingungs-
lose Kriegselbe der SPD-Führer vor der faschistischen Bourgeoisie,
die Unterstützung selbst der grauamsten Angriffe des Brüning-
kabinetts hat die verzweifeltsten Arbeiter schwankend ge-
macht.

Die Arbeitermassen marschieren nach links. In gemein-
samer Front kämpfen die Proletarier gegen den Lohn-
raub, gegen den Faschismus. Steuerzahler modern auf
gegen die Diktaturkern. Die kleinen Gewerbetreibenden.

den und Kleinbauern kommen in Bewegung und er-
kennen immer mehr die Notwendigkeit des Kampfes
niffes mit dem Industrieproletariat gegen das Hunger-
und Diktaturregime.

Aber die Bourgeoisie war nicht müde. Immer gewaltigere
Mittel werden eingesetzt für den Unterdrückungsapparat gegen



Das Volk. Mit Gummiknüppel, Bajonett, Karabellum und Ker-
ker wird jede Massenbewegung unterdrückt. Auf wirtschaftlichem,
kulturellem und politischem Gebiet herrscht in Youngdeutschland
nichts wie faschistische Verhinderung.

Während sich dieser volksfeindliche Kurs für das Jahr 1930
gekrönt mit einem Artikel, der zum Verfasser den Redakteur der
„Germania“, Hagemann, hat und dessen Inhalt nicht mehr
und nicht weniger ist als der Ruf nach einem imperialistischen
Krieg. Dieser zentralistische Redakteur des Brüning-Organis
schreibt:

„Deutschland bewegt sich bei einem solchen Verlangen (nach
verlängerter Aufrüstung — d. Red.) durchaus im Rahmen des
Völkerrechts, denn die Verpflichtung der anderen zur Aufrüstung
ist im Friedensvertrag und im Völkerbündnis eindeutig fest-
gelegt. Da durch eine Verletzung der anderen in diesem Punkt
auch Deutschlands Verpflichtung fangemäß hinwiegend wird, so
würde eine deutsche Aufrüstung nicht auf Grund bestehender Ver-
träge zum Einsatz sein (Kriegsfall — d. Red.) gemacht werden.
Eine gemeinsame Aktion gegen Deutschland auf Grund des
Kelloggpatentes zu unternehmen, der eine Verpflichtung zur Ent-
waffnung leidet (— d. Red.) nicht in sich schließt, wäre ebenso
unmöglich, wie die Herbeiführung eines einseitigen Genfer
Sanktionsbeschlusses; denn wenn auch verschiedene Mächte die
deutsche Aufrüstung als „eine den Frieden störende Hand-
lung“ ansahen würden, so würde bei anderen zweifellos kein
Interesse vorhanden sein, Deutschland die Wiederanerkennung
seiner Stützungen unmöglich zu machen. Auf Grund des Lo-
carnopattes aber wäre nur dann eine Aktion gegen Deutschland
möglich, wenn dieses die Bestimmungen über die entmilitari-
sierte Zone verletzen würde. Bestimmungen, die durch eine Ver-
stärkung der deutschen Stützungen nicht berührt zu werden
brauchen.“

Das sind durchaus rechte Uebersetzungen, die zeigen, daß
auf der „Geheimversammlung in Genf“, wie er die Völker-
bündnisverletzung bezeichnet, nicht nur gedroht werden soll. Um
auch darüber keinen Zweifel zu lassen, erklärt Hagemann
wörtlich:

„Zweifelhaft darf es nicht bei dieser Stelle bleiben, und die an-
deren müssen wissen, daß wir im Falle des Ueberstoßes ge-
kommen sind, unsere Drohung in die Tat umzusetzen, ungeachtet
des Narzusses einer Presse, welche dem Abendlande heute noch
die Gefahr eines biomardisch-imperialistischen Deutschland lug-
geriert.“

Mit typischer Offenheit erinnert Hagemann daran, wie ein-
fach das Regime ist, ein Volk in den Krieg zu ziehen. Man muß
das wörtlich lesen. Hagemann schreibt:

„Man hat gesehen, in wie wenigen Stunden die Massen
aller (!) Länder durch eine Handvoll tendenziöser Mel-
dungen (auch der deutschen Zentrumsstelle — d. Red.) und ein
Duzend Kriegesreden (s. B. der Völkler — d. Red.) aufgebracht
waren und wie willig (!) und begeistert sie in einen Krieg
zogen, von dessen Notwendigkeit sie bis zu jener Stunde nicht
gewußt hatten. In einem solchen Augenblick können Friede-
benotigungen und kunstreiche Vertragsgebäude wie Karten-
häuser zusammenstürzen, weil Furcht, Hock oder Entschismus

DWB-Bürokraten find Lohnräuber

2. Anraubschiedspruch kam durch die Stimmen der Reformisten zustande / Dresdner
DWB-Funktionäre zum Schiedspruch / Beantwortet die Annahme mit Kampf unter
Führung der KPD / Kampffront mit den Bergarbeitern

Die Generalversammlung des DWB Dresden, die gestern
Dienstag stattfand, und zu dem Lohnraubschiedspruch Stellung
nahm, war von ca. 600 Funktionären besucht. Händel gab
den Bericht über die mit den Unternehmern geführten Verhand-
lungen, sowie über die, die vor der Schlichtungskammer statt-
fanden. Interessant ist vor allem, was sich bei den Schlichtungs-
verhandlungen selbst abspielte, denn es zeigt den grenzenlosen
Berat der reformistischen Bürokratie. Die Unternehmer, die
einen 15prozentigen Lohnabbau forderten, erklärten, daß, wenn
ihren Forderungen nicht Rechnung getragen würde, sie die Be-
triebe stilllegen würden. Im Verlauf der Verhandlungen gingen
sie mit ihren Forderungen auf 8 Prozent Lohnabbau für Lohn-
arbeiter und 12 Prozent für Affordarbeiter zurück. Der Schlichter
machte den Vorschlag, 4 Prozent für Lohnarbeiter und 5 Prozent
für Affordarbeiter. Auf diesen Vorschlag einzugehen, waren die
Unternehmervertreter bereit, wenn die Laufdauer des Schieds-
spruchs nur bis zum 28. Feb. war 1931 während sollte und dann
eine weitere Lohnsenkung von 5 Prozent für Lohnarbeiter und
7 1/2 Prozent für Affordarbeiter einzusetzen würde.

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie zeigte von Be-
ginn der Lohnbewegung an, daß es ihr gar nicht darauf an-
kommt, einen Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub zu führen.

Die reformistischen Bonzen, die als Besitzer der Schlichterkammer
beimohnten, wichen Schritt um Schritt vor den Unternehmern
zurück. Händel erklärte in der gestrigen Generalversammlung:

„Wir befinden uns in einer großen Zwangslage. Da
die Unternehmer sich gegen den Vorschlag des Schlichters
ansprachen, gab es für uns keine andere Möglichkeit,
wie dem Vorschlag des Schlichters die Zustimmung zu
geben, damit überhaupt ein Schiedspruch zustande
kommt.“

Dieser Stellungnahme schloß sich auch die große Tarif-
kommission an.

Händel gesteht also selbst ein, daß der Lohnraubschiedspruch
nur zustande kam, weil die reformistische Gewerkschaftsbürokratie
für den Lohnraub war und weil sie aus Furcht vor einem Kampf
dem Schlichtervorschlag zustimmte. Händel wandte darauf alle
demagogischen Mittel an, um den Verrat zu verdecken. Er be-
zeichnete den Schiedspruch als durchaus annehmbar, da
der Lohnabbau für Sachsen „unter dem Durchschnitt“ des im
Reich vorgenommenen liege. Der Verband habe getan, was er
tun konnte. Es werde jetzt die Aufgabe sein, zu rufen, damit